

Harmoko – der Presse mogul Indonesiens

Vor seiner Berufung zum indonesischen Informationsminister war Harmoko ein Unternehmer mit Beteiligungen an acht Medienunternehmen darunter die Pos Kota-Gruppe. In den vergangenen fünfzehn Jahren, während er als Chef des Informationsministeriums gedient hat, haben sich seine Beteiligungen an Massenmedien und die seiner Familie auf dreißig erhöht. Dazu gehören Zeitungen, Zeitschriften, Radio- und Fernsehstationen.

Der Informationsminister nimmt im indonesischen Regierungssystem die entscheidende Position bei der Vergabe von Druck- und Sendelizenzen ein. Unternehmen, die Schwierigkeiten für ihre Medienerzeugnisse vermeiden wollen, müssen Harmoko oder seine Familie bedenken. Auf diese Weise werden Harmoko und seine Frau zu Anteilseigner, ohne auch nur einen Pfennig dafür aufzuwenden.

vgl. *Independen No. 10/1995, S. 3-8*

Müssen die Niederlande sich entschuldigen?

Der niederländische Minister für Entwicklungszusammenarbeit J.B. Pronk erklärte, der bevorstehende Besuch von Königin Beatrix zum 50. Jahrestag der Unabhängigkeit Indonesiens am 17.8.1995 sollte dazu genutzt werden, daß die Niederlande sich offiziell bei der Republik Indonesien für die Verweigerung der Unabhängigkeit entschuldigen. Auf Druck der Veteranen-Verbände wurde der Besuch jedoch auf den 21.8. verschoben, so daß die Notwendigkeit für eine Entschuldigung nicht mehr gegeben ist. Gleichzeitig rief der Menschenrechtsaktivist H. J. Princen, der als Kolonialsoldat nach Indonesien gekommen war und später die indonesische Staatsangehörigkeit angenommen hatte, die Menschen in den Niederlanden dazu auf, in eine nationale Diskussion über die koloniale Vergangenheit einzutreten.

vgl. *Forum Keadilan 16.2.1995, S.18*

Beteiligungen der Familie Harmoko an Medien-Unternehmen

Medium	Anteil in %	Unternehmensgruppe	Beginn des Besitzes
Pos Kota	40	Pos Kota	vor Min.-zeit
Terbit	40	Pos Kota	"
Pos Film	40	Pos Kota	"
Sebos	40	Pos Kota	"
Family	40	Pos Kota	"
Majalah Film	40	Pos Kota	"
Warnasari	40	Pos Kota	"
Serasi	40	Pos Kota	"
Aksi	40	Gramedia	als Minister
Bisnis Monitor ¹	40	Gramedia	"
Citra ¹	20	Gramedia	"
Bola	20	Gramedia	"
Surya	30	Gramedia	"
Hopla	50	Gramedia	"
Berses	5		"
Jakarta Post	5		"
Bisnis Indonesia	20		"
Indonesia Business Weekly	20		"
Sarinah	**		"
Pelita	**		"
Sportif	**		"
Prospek	28		"
Kartini	**		"
Pertiwi	**		"
Suara Pembaruan	**		"
Editor ²	**		"
Monitor ²	20	Gramedia	"
SCTV	5		"
ANTEVE	**		"
Radio Kayumanis FM	40		"
PT Radio Rakasa FM	100		"

Erläuterungen:

Jeder Antragsteller für eine Presselizenz muß 250 Mio. Rp Bestechungsgeld zahlen und mindestens 5 % der Aktien übertragen.

** : Harmoko hält Aktien, deren Anzahl aber unbekannt ist.

1 : Noch nicht erschienen.

2 : Editor wurde im Juni 1994, Monitor Ende 1992 verboten.

Politik auf dem Campus

Die Studentenbewegung ist nicht nur außerhalb des Campus aktiv, indem sie Demonstration sowie Hilfestellungen und Solidaritätsaktionen für die kleinen Leute durchführt, sondern die Studenten sind auch sehr aktiv dabei, Seminare an den Universitäten selbst zu veranstalten zu denen sie Persönlichkeiten und Militärs einladen, die für ihre kritischen Ansichten und ihr Eintreten für eine Demokratisierung bekannt sind. Außerdem erscheint eine Reihe von Zeitschriften, die sich kritisch mit der Regierungspolitik auseinandersetzen und kontroverse Themen aufgreifen.

Die Zahl der Aktionen und Publikationen von Studenten hat mittlerweile ein unüberschaubares Ausmaß angenommen. Viele Studenten sind bereits einmal zu Haft zwischen einigen Monaten und mehreren Jahren verurteilt worden, weil sie Seminare veranstaltet oder Vorträge gehalten haben. Sie wurden ermahnt, keine kritischen Zeitschriften mehr herauszugeben. Ihnen wurde das Verbot ihre Organe angedroht wie im Fall der Zeitschrift SAS der Philosophischen Fakultät der Universität in Jember, die nach der Veröffentlichung eines Interviews mit dem Schriftsteller Pramoedya Ananta Toer (vgl. Abdruck in dieser Ausgabe, S. 45) ihr Erscheinen einstellen mußte.

Die Studenten lassen sich davon allerdings nicht beeindrucken und verstärken ihre Aktivitäten. An einigen Universitäten, wie an der Gajah-Mada- und der Diponegoro-Universität in Yogyakarta und Solo wurde mittlerweile die Forderung nach einer Wiederzulassung der Studentenräte laut. Diese waren nach den Malari-Unruhen von 1974 im Zuge der Regierungsmaßnahmen zur "Normalisierung des Campus-Lebens" abgeschafft worden, was einem Verbot studentischer politischer Aktivitäten gleichkam.

vgl. *Jakarta Pos 25.1.1995, Gatra 14.1.1995, S.95, Forum Keadilan 2.2., S.70, 16.2.1995, S.41.*

Abdurahman Wahid als Oppositionspolitiker angesehen

Die Vollversammlung der islamischen Laienorganisation Nahdatul Ulama (NU), die im Dezember 1994 in Cipasung (Westjava) stattfand, unterschied sich von früheren Versammlungen. Bei früheren Veranstaltungen zierten sich die Delegierten als Kandidaten zu den Wahlen für die Führungsgremien aufstellen zu lassen. Aber die Ereignisse um die Wahl des Vorsitzenden hat zu einem Rattenschwanz von Problemen geführt. Sie fingen schon bei der von Präsident Suharto eröffneten Eingangsveranstaltung der Vollversammlung an.

Im Gegensatz zu früheren Jahren erhielt der amtierende Vorsitzende Abdurahman Wahid (Kurzname Gus Dur), dem nur ein Platz in der dritten Reihe zugewiesen wurde, keine Gelegenheit, eine Begrüßungsansprache zu halten. Die Schwierigkeiten setzten sich fort, als bei der Vorstandswahl Abdurahman Wa-

hid mit 174 zu 142 Stimmen bestätigt wurde, sein Herausforderer Abu Hasan dieses Ergebnis jedoch nicht akzeptieren wollte. In der Folge gründete Abu Hasan mit seinen Anhängern einen Gegenvorstand KPPNU. Die Regierung verhinderte diesen Vorgang nicht, sondern ließ im Gegenteil die Gründungsversammlung sogar durch Sicherheitskräfte abschirmen.

Darüber berichtete die Fernsehstation TEVE und die Tageszeitung *Republika*, die durch den von Habibie gegründete Intellektuellen-Verband kontrolliert wird. Der KPPNU setzte seine Angriffe auf den gewählten Vorsitzenden fort und verlangte als erstes die Vertretung von Abu Hasan und seinen Unterstützern im neu gewählten Vorstand. Als Abdurahman diese Forderung zurückwies, erklärt die Gruppe Hasan den Vorstand als unrechtmäßig. Diese Argumentation wurde noch

durch Feisal Tanjung unterstützt, der erklärte, die Vollversammlung der NU sei durch das Auftreten des KPPNU noch nicht beendet. Aus diesem Grund fordert die Gruppe Hasan die Einberufung einer außerordentlichen Vollversammlung. Gus Dur selbst strebt eine Geschlossenheit des Vorstandes an und ist deshalb nicht kompromissbereit.

Derweil setzt Abu Hasan seine Bemühungen fort, Gus Dur als Vorsitzenden zu isolieren, indem er erklärt, daß in den zurückliegenden Jahren sich die NU immer in Übereinstimmung mit der Regierungslinie befunden hätte, wohingegen Gus Dur mittlerweile als ein Politiker der Opposition angesehen werden müsse.

vgl. Forum Keadilan 5.1., S.11-15, und 19.1.1995, S.16-18, Independen No. 10/1995, S.15, Terbit 28.12.1994, Kompas 29.12.1994

Lieber zum dukun als zum Psychiater

Viele Beamte Indonesiens lassen sich bei Problemen lieber von einem traditionellen Heiler (dukun) als von einem Psychiater beraten, erklärte der Verband der Psychiater auf einer Pressekonferenz. Die Psychiater halten diese Haltung für verschlossen und arrogant. Die Betroffenen befürchteten nämlich, daß sie beim Besuch des Psychiaters ihr Innerstes offenlegen müßten und sich damit in eine untergeordnete Position begäben. Weiter erklärte der Psychiaterverband, daß immer mehr Indonesier an psychischen Erkrankungen litten, die durch die stagnierende politische Situation, den raschen kulturellen Wandel, eine steigende Arbeitslosigkeit und verwandte Phänomene ausgelöst würden. *vgl. Kompas 14.1.1995*

Demonstrationen beherrschten 1994

Einer Erklärung des Rechtsinstituts LBH in Jakarta zufolge hat es im 1994 1208 Demonstrationen gegeben – gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 15%. LBH führt diese Steigerung auf ein größeres Rechtsbewußtsein der Bevölkerung zurück, das mit einem immer stärkeren Wunsch nach grundlegenden Änderungen verbunden ist. Den häufigste Anlaß für Demonstrationen boten Rechtsverfahren, Verhaftungen und Probleme der Arbeitswelt. *vgl. Suara Karya 28.12.94*

Höhere Strafe durch Revisionsurteil

Der Führer des freien Gewerkschaftsverbands SBSI, Mughtar Pakpahan, der wegen Aufwiegelung und Anstiftung zum Aufruhr in Medan angeklagt war, wurde in zweiter Instanz zu einem weiteren Jahr Haft verurteilt, so daß sich seine Strafe nun auf vier Jahre beläuft. Pakpahan hat sich als nicht schuldig im Sinne der Anklage erklärt und erneut Berufung eingelegt. Nach Einschätzung des Magazins *Forum Keadilan* wurde das Strafmaß für Pakpahan vor allem deshalb erhöht, um ihn in der kommenden Diskussion um die Nachfolge Suhartos als potentiellen Störfaktor mundtot zu machen. *vgl. Forum Keadilan 16.2.1995, S.4*

Megawatis Standhaftigkeit auf dem Prüfstand

Als Megawati zur Vorsitzenden der Partai Demokrasi Indonesia (PDI) gewählt wurde, glaubten viele, die PDI würde die zweitgrößte Partei nach Golkar werden, nicht zuletzt, da Megawati bei jedem ihrer Besuche in den Provinzen begeistert empfangen wurde. Erste Schwierigkeiten tauchten jedoch bei der Wahl der PDI-Führung für Ostjava auf, wo der bei der Wahl unterlegene Latief Pujosakti mit Hilfe des Gouverneurs von Ostjava weiterhin versuchte, doch noch ein Sitz im Provinzvorstand der Partei zu erhalten.

Bevor der Konflikt in Ostjava beigelegt war, tauchten ähnliche Schwierigkeiten auch in Westjava auf. Der zum Vorsitzenden gewählte Jajang Kurniadi wurde von der unterlegene Seite beschuldigt, nicht *bersih diri*, d.h. ein PKI-Sympathisant zu sein. Dieser Beschuldigung wurde ebenfalls vom Regionalen Militärkommando erhoben, obwohl Jajang schon mehrmals eine diesbezügliche Prüfung über sich hatte ergehen lassen müssen und jedesmal für unverdächtig erklärt wurde.

Etwa zur gleichen Zeit gründete Gerry Mbatemooy einen Gegenvorstand (DPP)

für die PDI und forderte die Einberufung eines Sonderparteitages und die Neuwahl des Vorsitzenden. Parallel dazu veröffentlichte die Gruppe um Gerry eine Erklärung, in der sie etwa 300 Personen aus den Führungsgremien der Kontakte zu PKI-Sympathisanten (*tidak bersih lingkungan*) beschuldigte, die sich einer Sonderuntersuchung unterziehen sollten. Der Oberbefehlhaber der Streitkräfte reagierte bereits auf diese Forderung und erklärte sich bereit, die Prüfungen durchführen zu lassen.

Megawati beantwortete diese Forderungen mit der Gegenforderung nach einer Überprüfung für alle führenden Mitglieder von politischen und sozialen Organisationen, die von der PPP und Golkar sofort zurückgewiesen wurde. Weiterhin erklärte sie, sie werde bis zur Vorlage konkreter Beweise keine weiteren Schritte unternehmen. Die Gruppe um Gerry blieb aber nicht dabei stehen, sondern organisierte auch in den Provinzen Parallelstrukturen zur PDI, wobei sie offensichtlich von den Regionalregierungen Unterstützung erhielt. Außerdem versucht sie, Personen aus der

Führungsgruppe um Megawati auf ihre Seite zu ziehen.

Ein Fall war die viertägige Entführung des PDI-Generalsekretärs Alex Litay, während der eine Solidaritätserklärung von ihm für die abtrünnige Gruppe um Gerry veröffentlicht wurde. Nach seiner Befreiung sagte Alex jedoch, diese Verlautbarung sei unter Zwang entstanden, und er erklärte seine Unterstützung für Megawati. Die Gegengruppe in der PDI sowie außerhalb der Partei stehende Personen erhoffen sich von dieser künstlich herbeigeführten Parteikrise ein Eingreifen der Regierung, um die Streitigkeiten in ihrem Sinne zu beenden. Angesichts dieser Angriffe rief Megawati die Parteimitglieder zur Wachsamkeit und zur Geschlossenheit gegenüber Versuchen auf, die Partei zu spalten oder zu zerschlagen. Politische Beobachter halten die Angriffe auf die PDI für Manöver von interessierter Seite, die ein Erstarken der PDI und ihre Einflußnahme auf die Nachfolge in der Präsidentschaft verhindern will.

vgl. Forum Keadilan 5.1., S.20, 16.1., S.20-28, 2.2.95, S.18-20; AW 10.2.95, S.25; Kompas 2.1.95: Jayakarta 12.2.95